

# NACHHALTIGKEIT DURCH SOZIALISMUS

## KOMPASS FÜR EINE KLIMAGERECHTE GESELLSCHAFT

Stürme mit zuvor unbekannter Heftigkeit, Hitzewellen mit Rekordtemperaturen, Waldbrände nicht nur in Kalifornien und im Herzen Kanadas, sondern auch an den Stadträndern von Athen, oder Flutkatastrophen wie die im idyllischen Ahrtal lassen keinen Zweifel – der menschengemachte Klimawandel verändert den Planeten. Wetterextreme nehmen zu und sie fordern Menschenleben. Das Problem ist seit Jahrzehnten bekannt und dennoch geschieht wenig bis nichts. Nimmt man den jüngsten Bericht des Weltklimarats als Grundlage, so steuert die Welt nicht auf ein noch einigermaßen kontrollierbares 1,5-Grad-Erderhitzungsszenario zu, die klimaschädlichen Emissionen tendieren gegenwärtig zu einem durchschnittlichen Temperaturanstieg um drei Grad und mehr. Träte dies ein, wären erhebliche Teile des Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts mit hoher Wahrscheinlichkeit unbewohnbar. Noch gibt es Handlungsspielräume, um die Weichen in eine andere Richtung zu stellen, doch die verfügbaren Zeitbudgets schrumpfen. Der Kompass, der die Richtung zu einer längst überfälligen Nachhaltigkeitsrevolution weist, führt uns zu einer nachkapitalistischen Gesellschaft. *Denn soziale und ökologische Nachhaltigkeit lässt sich, so die hier vertretene These, nur durch eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft erreichen.*<sup>1</sup>

Sozialismen, die ihre Überzeugungskraft aus der Notwendigkeit einer Nachhaltigkeitsrevolution beziehen, entstehen zumindest in den frühindustrialisierten Ländern aus der Kritik an Überproduktivität und Luxuskonsum. Zwar rebellieren auch sie gegen die Herrschaft des Kapitals, doch das nicht allein wegen der Ausbeutung von Lohnarbeit. Die Sozialismen des 21. Jahrhunderts präsentieren sich als Alternative zu einem «Imperialismus gegen die Natur» (Saito 2016: 231), sie attackieren die Ökonomie der billigen Güter (Patel/Moore 2018) und mit ihr die

Abwertung reproduktiver Tätigkeiten und sie beanspruchen, gleichgewichtig mit der Beseitigung von Klassenherrschaft eine Überwindung aller patriarchalisch, rassistisch oder nationalistisch legitimierten Herrschaftsmechanismen anzustreben (hierzu glänzend Arruzza et al. 2019). Aus der Perspektive gesellschaftlicher Naturverhältnisse beinhalten sie aber vor allem die Suche nach einem Notausgang, nach Auswegen aus einer epochalen ökonomisch-ökologischen Zangenkrise, die das Überleben menschlicher Zivilisation berührt.

## 1] ÖKONOMISCH-ÖKOLOGISCHE ZANGENKRISE UND ÜBERGANG ZUM ANTHROPOZÄN

Sozialismus ist, marxistisch begründet, die gesellschaftliche Formel, mit deren Hilfe sich die Aufhebung des Dauerkonflikts zwischen kollektiver Produktion und privater Aneignung politisch zuspitzen lässt. Das ist auch heute nicht völlig falsch, aber es reicht nicht aus, hat sich doch gezeigt, dass der Produktivkraftoptimismus verschiedenster Sozialismen des 20. Jahrhunderts ökologisch in eine Sackgasse geführt hat. Bereits bei Friedrich Engels finden sich aber auch andere, aus heutiger Sicht zeitgemässere Interpretationen kapitalistischer Dynamik: «Die kapitalistische Produktion kann *nicht stabil* werden, sie muss wachsen und sich ausdehnen oder sie muss sterben [...] Hier ist die verwundbare Achillesferse der kapitalistischen Produktion. Ihre Lebensbedingung ist die Notwendigkeit fortgesetzter Ausdehnung», notiert Engels in einem Vorwort, das er der deutschen Neuausgabe seines frühen Klassikers «Die Lage der arbeitenden Klasse in England» voranstellte (Engels 1972: 647). Präzise wird hier ein Grundverständnis von Kapitalismus in Bewegung benannt, das grosse Schnittmengen mit jenem Ansatz aufweist, den Stephan Lessenich, Hartmut Rosa und ich selbst vor einigen Jahren zum analytischen Ausgangspunkt der Kollegforschungsgruppe «Postwachstumsgesellschaften» gemacht haben (Dörre et al. 2015).

Aus der von mir gewählten Landnahme-Perspektive vollzieht sich kapitalistische Entwicklung als komplexe Innen-Aussen-Bewegung. Ein «reiner Kapitalismus», der sich ausschliesslich auf seinen eigenen Grundlagen reproduziert, ist nicht überlebensfähig, zumindest ist er empirisch nirgendwo existent. Die der kapitalistischen Formation eingeschriebene expansive Dynamik beinhaltet daher stets die Internalisierung von Externem, die Okkupation eines nicht oder nicht vollständig kommodifizierten Anderen. Sofern es kein funktional Anderes zu entdecken gibt, das in Besitz genommen, in Wert gesetzt, kommodifiziert und profitabel genutzt werden kann, geraten Gesellschaften mit eingebautem Expansionszwang an ihre Grenzen. Sie stagnieren und zerfallen. Kapitalistische Landnahmen beruhen somit auf einem *Expansionsparadoxon*. Der Kapitalismus muss sich ausdehnen, um zu existieren. Dabei zerstört er im Zuge der fortwährenden Erweiterung von Marktbeziehungen allmählich, was er für seine eigene Reproduktion benötigt. Je erfolgreicher die Akkumulations-, Wachstums- und Kommodifizierungsmaschine

arbeitet, desto wirkungsvoller untergräbt sie die Selbstreproduktionsfähigkeit sozialer und natürlicher Ressourcen, ohne die moderne kapitalistische Gesellschaften nicht überlebensfähig sind.

Allerdings darf das kapitalistische Expansionsparadoxon weder mit einem Zusammenbruchsautomatismus noch mit einer überhistorischen Steigerungslogik verwechselt werden, die das System aus sich heraus an absolute Grenzen seiner Entwicklungsfähigkeit treiben würde. Der Zeitpunkt für einen möglichen Systemkollaps lässt sich, das belegt die Geschichte des Kapitalismus, immer wieder aufschieben und mithilfe von Selbststabilisierungsmechanismen über lange Zeiträume hinweg in die Zukunft verlagern. Der Kapitalismus ist eben eine äusserst anpassungsfähige Gesellschaftsformation.

In der Gegenwart hat die expansive Dynamik einen Punkt erreicht, an dem sie sich mit der Destruktivkraft selbst erzeugter Repulsionen konfrontiert sieht. Vor allem die alten kapitalistischen Zentren, aber auch die grossen Schwellenländer befinden sich inmitten einer ökonomisch-ökologischen Zangenkrise von historisch neuer Qualität. Zangenkrise besagt, dass das wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Stagnation und zur Pazifizierung interner Konflikte im Kapitalismus, die Generierung von Wirtschaftswachstum nach den Kriterien des Bruttoinlandsprodukts, unter Status-quo-Bedingungen (hoher Emissionsausstoss, ressourcen- und energieintensiv auf fossiler Grundlage) ökologisch zunehmend destruktiv und deshalb gesellschaftszerstörend wirkt (Dörre 2019). Der Zangengriff von Ökonomie und Ökologie markiert eine Krise der Gesellschafts-Natur-Beziehungen, die ungeklärt hinter der Corona-Pandemie und der durch sie ausgelösten Rezession lauert.

Diese Zäsur ist keine Krise wie jede andere. Sie erfasst alle sozialen Felder und gesellschaftlichen Teilsysteme. Das wird in Begriffen wie dem der multiplen Krise zu Recht thematisiert. Doch wenn alles andauernd irgendwie in der Krise ist, wird der Krisenbegriff selbst obsolet. Deshalb ziehe ich eine Begrifflichkeit vor, die eine klare Hierarchie der Krisenursachen benennt. Es handelt sich um eine epochale Krise, weil sie mit dem Übergang zu einem neuen Erdzeitalter, dem Anthropozän (Crutzen 2019), verbunden ist. Anthropozän besagt, dass die Menschheit zum wichtigsten Faktor der Reproduktion von Natur geworden ist, das heisst, sie kann ihre eigenen Lebensgrundlagen zerstören. Die Menschheit hat es aber auch in der Hand, einen nachhaltigen Naturmetabolismus zu etablieren, der das instrumentelle Verhältnis zu Naturressourcen und anderen Lebewesen überwindet.

Weil die Störungen des Erdmetabolismus in der Gegenwart nahezu ausschliesslich von kapitalistischen Ökonomien und Gesellschaften ausgehen, halten Sozialwissenschaftler wie Jason Moore die Bezeichnung Kapitalozän für angemessener. Der Kapitalismus selbst müsse als Ökosystem begriffen werden. Nicht trotz, sondern wegen des hohen Vergesellschaftungsniveaus der Arbeit träten die Naturschranken der Akkumulation wieder stärker hervor. Zu konstatieren sei «the breakdown of the strategies and relations that have sustained capital accumulation

over the past five centuries» (Moore 2015: 1–3 u. 87). Deshalb handelt es sich eben nicht nur um eine «grosse Krise» der Kapitalakkumulation, vergleichbar etwa mit der grossen Depression im 19. Jahrhundert, der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 oder der Weltwirtschaftskrise von 1973/74, die den Niedergang der wohlfahrtsstaatlich regulierten «fordistischen» Kapitalismus einleitete, sondern um einen Bruch in der Geschichte menschlicher Zivilisation.

## 2] DIE PANDEMIE ALS BRANDBESCHLEUNIGER

Solche Verwerfungen vor Augen, lässt sich präzisieren, weshalb die Überwindung der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise förmlich nach ökosozialistischen Auswegen schreit. Die Selbststabilisierungsmechanismen fortgesetzter Kapitalakkumulation versagen. Präziser: Marktkorrigierende Institutionen sind einschliesslich der von ihnen geschützten Gesellschaftsbereiche selbst zu Landnahme-Objekten geworden; sie unterliegen politisch herbeigeführter Zerstörung. Diese Feststellung trifft nicht allein auf die organisierten Arbeitsbeziehungen zu. Das Finanz- und Kreditsystem ist marode, längst überfällige Infrastrukturinvestitionen unterbleiben, systemrelevante Sorgearbeiten und Dienstleistungen haben fortwährende Abwertung erfahren und die Regulation der Naturverhältnisse kann die Folgen ökologisch destruktiven Wachstums immer weniger kompensieren. Die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache. Zwischen 1980 und 2016 haben sich die klimaschädlichen Emissionen weltweit verdoppelt (Gallagher/Kozul-Wright 2019: 7). Absolut gesunken sind die Emissionen vor der Corona-Pandemie global nur im Krisenjahr 2009 – und das in erster Linie, weil die industrielle Produktion eingebrochen war. Der Energieverbrauch ist letztmalig in den 1980er-Jahren zurückgegangen und auch die Ressourcenbilanzen tendieren zu einer irreversiblen Schädigung nahezu geschlossener ökologischer Kreislaufsysteme.

Die Corona-Pandemie und die durch sie verursachte weltwirtschaftliche Rezession wirken nun als zusätzlicher Brandbeschleuniger, denn ihre Folgen treffen weltweit vor allem die unteren Bevölkerungsteile. Eine Zahl mag genügen, um zu verdeutlichen, wovon die Rede ist. Bisher galt es als grösster Erfolge der Globalisierung, dass Hunger und absolute Armut zurückgegangen sind. Die Corona-Pandemie hat dies gründlich geändert. Weltweit steigen die Zahlen sowohl für die absolute als auch für die relative Armut und ebenfalls für die Armutsgefährdung (Global Policy Forum 2020: 51). Über die Armut hinaus wirken Pandemie und Rezession in anderer Weise als katastrophische Ungleichheitsverstärker. An ökologischen Nachhaltigkeitszielen gemessen, wiederholt sich, was schon im Krisenjahr 2009 zu beobachten war. Lockdown und Rezession münden in *degrowth by disaster*. Eingeschränkte Mobilität und zeitweiliger Zusammenbruch der Industrie haben die Kohlendioxidemissionen im ersten Halbjahr 2020 in einem Masse reduziert, wie das seit Jahrzehnten nicht mehr der Fall gewesen ist. Doch mit der Wieder-

belegung der Wirtschaft sind die Emissionen rascher gestiegen als erwartet. Selbst ein Minus bei den Emissionen von weltweit etwa sechs Prozent ändert nichts daran, dass der menschengemachte Klimawandel nahezu ungebremst weitergeht (zu den Folgen der Corona-Pandemie vgl. Dörre 2020).

### 3] SOZIALISTISCHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT

In ihrer Gesamtwirkung lässt die Corona-Pandemie die Verwundbarkeit der Gesellschaften, die aus der Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Profitwirtschaft resultiert, mit besonderer Wucht zutage treten. Zum zweiten Mal binnen zehn Jahren müssen die Staaten einspringen, um systemrelevante Unternehmen vor dem Untergang zu retten. Länder, die es sich leisten können, bieten Billionen Dollar auf, um ihre Wirtschaft zu stabilisieren. Einmal mehr sind es staatliche Mechanismen, die dem Kapitalismus neues Leben einhauchen sollen. Doch die Notwendigkeit, immer neue Krisensituationen zu meistern, wird sich als gigantische Verschwendung erweisen, wenn die aufgewandten Ressourcen nicht für ein radikales Umsteuern genutzt werden. Das gilt ohne Einschränkungen auch für die Schweiz. Im Unterschied zu anderen Staaten hat die Schweiz eine Emissionsabgabe samt sozialer Ausgleichskomponente bereits eingeführt (CO<sub>2</sub>-Abgabe). Diese politischen Massnahmen liefern jedoch Anschauungsunterricht dafür, dass dergleichen für eine Nachhaltigkeitswende keineswegs ausreicht. In der Schweiz werden noch immer etwa 2,8-mal mehr Umweltleistungen und natürliche Ressourcen verkonsumiert, als global zur Verfügung stehen.<sup>2</sup> Kritiker\*innen der Schweizer Kapitalismusvariante gehen noch weiter und monieren, dass sich weltweit führende Handelsplätze für Rohstoffe, Erdöl, Erdgas und Kohle federführend an finanzialisierten Scheinlösungen für die Klimakrise beteiligen (Ringger/Wermuth 2020: 19f).

In der Schweiz hat sich aber auch gezeigt, dass eine Verschärfung marktkonformer Massnahmen für den Klimaschutz, selbst wenn sie mit sozialen Ausgleichsmassnahmen verbunden sind, auf erhebliche gesellschaftliche Widerstände stossen können. Die Volksabstimmung zu einer CO<sub>2</sub>-Gesetzesvorlage im Juni 2021, die von der Regierung, dem Parlament und dem Gros der Umweltverbände befürwortet wurde, stiess bei einer knappen Mehrheit der Bevölkerung auf Ablehnung. Aus Sicht der Ökologiebewegungen und der politischen Linken ist das ein schwerer Schlag, der nach strategischer Neuorientierung verlangt (Ringger 2021).

Eine erfolgreiche Klimapolitik «für alle» lässt sich, so meine Schlussfolgerung, eben nur machen, wenn ökologische und soziale Nachhaltigkeit gleich gewichtet werden. Denn Klimaschutz beinhaltet ein fundamentales Gerechtigkeitsproblem. So sind die einkommensstärksten zehn Prozent der Haushalte von 26 europäischen Ländern für 27 Prozent der Emissionen verantwortlich, während die untere Hälfte der Haushalte etwa 26 Prozent der klimaschädlichen Gase verursacht. Allein das reichste eine Prozent verzeichnet einen Pro-Kopf-Ausstoss von 55 Tonnen

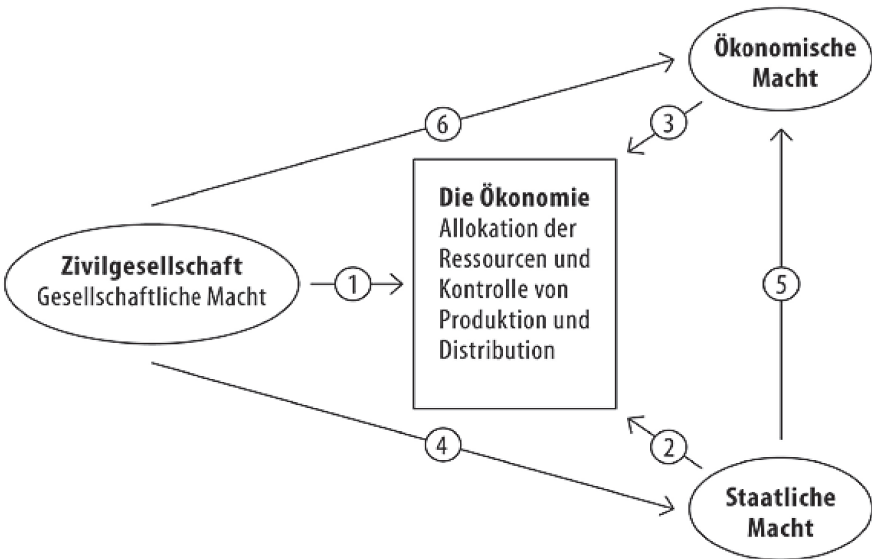
CO<sub>2</sub>-Emissionen jährlich und liegt damit um etwa das Siebenfache über dem europäischen Durchschnittswert. Vor allem Flugreisen machen einen Unterschied. Beim einkommensstärksten Prozent verursachen sie mehr als zwei Fünftel der Emissionen, weitere 21 Prozent gehen auf das Konto des individuellen PKW-Verkehrs. Geflogen wird nahezu ausschliesslich vom oberen Dezil der Haushalte (jährliches Nettoeinkommen von durchschnittlich 40.000 Euro). Zur Erreichung der Klimaziele müsste der Pro-Kopf-Ausstoss an klimaschädlichen Emissionen auf durchschnittlich 2,5 Tonnen im Jahr sinken; das reichste Prozent der Haushalte liegt um das 22-Fache darüber. Insgesamt bewegen sich nur fünf Prozent der erfassten Haushalte mit ihren Emissionen innerhalb der Klimaziele; das heisst, nahezu alle müssen ihren Lebensstil ändern, aber der Veränderungsdruck ist bei den reichsten Haushalten mit Abstand am grössten (Ivanova/Wood 2020). Zwar hat es schon vor der Pandemie unter anderem in EU-Europa erhebliche Erfolge bei der Emissionsreduktion gegeben. Doch die Lasten bei der Emissionsvermeidung sind höchst ungleich verteilt. So wurden unionsweit seit 1990 etwa 25 Prozent der Emissionen eingespart, doch selbiges ist ausschliesslich das Verdienst einkommensschwächerer Haushalte. Während die Emissionen des reichsten einen Prozents zwischen 1990 und 2015 um fünf Prozent und die des einkommensstärksten Dezils um drei Prozent gestiegen sind, haben sie bei den ärmeren 50 Prozent der Haushalte um 34 Prozent und bei den 40 Prozent mit mittleren Einkommen im gleichen Zeitraum um 13 Prozent abgenommen (Oxfam 2020). Zugespitzt formuliert bedeutet dies, dass die Produktion von Luxusartikeln für die oberen Klassen und deren Konsum zu einer Haupttriebkraft des Klimawandels geworden sind, unter dessen Folgen europa- und weltweit vor allem die ärmsten Bevölkerungsgruppen zu leiden haben.

Marktkonforme Konzepte wie eine stärkere Institutionalisierung des Emissionshandels werden daran nichts ändern. Generell trifft zu, dass marktwirtschaftliche Reformen das Problem der Klimagerechtigkeit und der Wende zu Nachhaltigkeit in einer Weise angehen, die vor allem die kleinen Portemonnaies belastet. Unter marktwirtschaftlich-kapitalistischen Bedingungen wären selbst individuelle CO<sub>2</sub>-Kontingente, die in den Handel gingen, keine nachhaltige Massnahme. Würden sie doch, wie schon frühere Experimente mit dem Emissionshandel, hochspekulativen Wetten auf die Zukunft Tür und Tor öffnen. Auch in seiner bestehenden Form enthält der Emissionshandel keinerlei Anreize für dringend benötigte Negativemissionen; er garantiert nicht einmal, dass reale Emissionen wirklich kompensiert werden, und bewirkt daher tendenziell das Gegenteil sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Wird die soziale Dimension der Klimagerechtigkeit missachtet, treibt das betroffene (Arbeiter-)Gruppen oftmals in die offenen Arme der radikalen Rechten (zu den Konflikten in den Braunkohlerevierern, der Auto- und Zulieferindustrie vgl. Dörre et al. 2020).

Um das zu ändern, sind unterschiedliche Strategien nachhaltig sozialistischer Handlungsfähigkeit vonnöten. Zur Begründung hat Erik Olin Wright eine Defini-

tion vorgeschlagen, die den Sozialismus sowohl dem Kapitalismus als auch dem Etatismus entgegensetzt: «Kapitalismus, Etatismus und Sozialismus können als alternative Wege gedacht werden, die Machtbeziehungen, durch welche ökonomische Ressourcen alloziert, kontrolliert und genutzt werden, zu organisieren.» (Wright 2012: 463)

Abbildung 1: Elementares Dreieck sozialistischer Handlungsfähigkeit



Quelle: Wright 2012: 471; eigene Darstellung, entnommen aus Dörre 2021: 47.

Sozialismus ist für Wright eine ökonomische Struktur, in der die Produktionsmittel sich im gesellschaftlichen Besitz befinden und Allokationen wie der Gebrauch der Ressourcen für verschiedene gesellschaftliche Zwecke von der Ausübung «gesellschaftlicher» Macht beeinflusst werden können. »Gesellschaftliche Macht« ist demnach eine Macht, die in der Fähigkeit gründet, Menschen für kooperative, freiwillige kollektive Aktionen verschiedener Art zu mobilisieren. Dergleichen impliziert, dass die Zivilgesellschaft nicht nur als Arena von Aktivität, Geselligkeit und Kommunikation angesehen werden sollte, sondern auch als reale Macht. So verstanden, wird Sozialismus zu einem graduellen Konzept, dem eine Vielfalt möglicher Konfigurationen zur Ausübung gesellschaftlicher Macht bei der Allokation von Ressourcen, der Kontrolle über die Produktion und der Distribution der erzeugten Güter entspricht (ebd.: 464f). Selbstverständlich können in der Zivilgesellschaft auch reaktionäre Bewegungen entstehen und, gemessen an Nachhaltigkeitszielen, falsche Entscheidungen getroffen werden. Auch kommt dem Kernstaat



beim Übergang zu nachhaltigen Gesellschaften künftig eine bedeutendere Rolle zu, als Wright wahrhaben will. Trotz dieser Einschränkungen eignet sich das Konzept sozialistischer Handlungsfähigkeit durchaus, um eine Vorstellung von der Vielfalt an Handlungsstrategien zu gewinnen, die allesamt für eine nachhaltige Transformation vonnöten sind.

#### 4] DIE NACHHALTIG-SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

Das Fundament einer künftigen sozialistischen Gesellschaft bilden transformative Rechtsverhältnisse, die Nachhaltigkeitszielen einen Verfassungsrang geben; kollektives Selbsteigentum an und in grossen Unternehmen; kooperative Marktwirtschaft mit kleineren Unternehmen; die Eckpfeiler von Wirtschaftsdemokratie; Produktionsweisen mit langlebigen Gütern; ein neues Verhältnis von Markt und Plan sowie Nachhaltigkeits- und Transformationsräte als Innovationen im politischen System. Dies sind Bausteine für das sozioökonomische Fundament nachhaltig-sozialistischer Gesellschaften. Wenn von Bausteinen für ein solches Fundament die Rede ist, soll mit ihnen aber kein Gebäude errichtet werden, das, einmal fertiggestellt, für alle Ewigkeiten Bestand hat. Nachhaltiger Sozialismus benötigt ein robustes, krisenfestes Fundament. Darauf wird jedoch beständig um- und neugebaut. Nachhaltiger Sozialismus ist der Begriff für eine Gesellschaft, die, zumal bei der Reproduktion von Natur, in ständiger Bewegung ist. Vom Kapitalismus unterscheidet sie vor allem, dass anstelle des Gewinnstrebens soziale Bedürfnisse, Kooperation, kollektives Lernen und solidarische Sozialbeziehungen die Dynamik bestimmen. Diese Bewegungsform entsteht bereits unter kapitalistischen Bedingungen. Sie bricht sich überall dort Bahn, wo Strategien sozialistischer Handlungsfähigkeit ökonomische Kapitalmacht einschränken. Was als Bewegung gegen die Basisregel kapitalistischer Vergesellschaftung beginnt, kann und muss in einer sozialistischen Gesellschaft institutionalisiert und veralltäglich werden, das heisst vor allem, es muss die Chance haben, zur Gewohnheit zu werden. Ein Habitus, der eine auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit gegründete Rationalität inkorporiert, sie gewissermassen zur subjektiven Selbstverständlichkeit macht, wird sich, so er denn überhaupt entsteht, als wichtigster Stabilitätsgarant lernfähiger sozialistischer Gesellschaften erweisen. Bis es dazu kommt, muss an neuralgischen Punkten ein bewusster Bruch mit dem kapitalistischen Expansionsparadoxon vollzogen werden. Ich nenne exemplarisch den Übergang zur Produktion langlebiger Güter und nachhaltig bereitgestellter Dienstleistungen.

Eine Gesellschaft und ihre Wirtschaft können nur nachhaltig sein, wenn die Umstellung auf eine ressourcenschonende, kohlenstoffarme Produktion mit langlebigen Gütern in einer den Netzwerken des Lebens angepassten Kreislaufwirtschaft gelingt. Anders gesagt: Es geht nicht ohne Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse grosser Konzerne, eine Umverteilung von Entscheidungsmacht und



die Ausdehnung eines demokratischen Kollektivwillens auf die Produktion und die mit ihr verbundenen stofflichen Materialflüsse.<sup>3</sup> Nachhaltige Qualitätsproduktion bedeutet, weniger, dafür aber höherwertige Güter zu konsumieren. Selbstverständlich verlangt die Überwindung von Verschwendung und Vergeudung eine Veränderung von Konsummustern und Lebensstilen. Doch mit dem blossen Appell, etwa den Fleischkonsum auf die Hälfte zu begrenzen, ist wenig gewonnen. Die Hauptansatzpunkte für Veränderungen liegen in der Produktion. Weichenstellungen zugunsten langlebiger Güter sind ohne den Bruch mit Produktionsabläufen, die primär von Märkten und Konsument\*innen her konzipiert werden, kaum vorstellbar. Der Übergang zu nachhaltiger Qualitätsproduktion kann aber nur gelingen, wenn die Erzeugnisse einer solchen Produktionsweise trotz höherer Preise auch noch von den untersten Einkommensgruppen konsumiert werden können. Dergleichen ist ohne die Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums zugunsten niedriger Einkommen ausgeschlossen. In der Öffentlichkeit wird Nachhaltigkeit häufig noch immer mit Verzicht, Schrumpfung und Askese gleichgesetzt. Derartige Vereinfachungen widersprechen jedoch einer politischen Ökonomie der Nachhaltigkeit. Denn mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Realisierung ökologischer Nachhaltigkeitsziele die Preise für Agrarprodukte, Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs in die Höhe schnellen lassen. Schon deshalb sind ökologisch motivierte Verzichtsappelle, die zur Mässigung bei Löhnen und Einkommen mahnen, schlicht kontraproduktiv.

Sozial und ökologisch nachhaltig ist das genaue Gegenteil. Löhne und Einkommen eines Grossteils der abhängig Beschäftigten und ihrer Haushalte müssen steigen, damit faire Preise für Ressourcen oder Lebensmittel aus ökologischem Anbau für grosse Mehrheiten überhaupt erschwinglich werden. Nötig sind deshalb – national wie international – Löhne bzw. Einkommen zum Leben, die deutlich oberhalb der Niedriglohngrenze liegen. Living wages müssen erlauben, Ansprüche an Kultur und Bildung zu verwirklichen. Sie stellen eine arbeitgeberseitige Selbstverpflichtung dar, keinen rechtlichen Anspruch. Dennoch gewinnen sie zum Beispiel in Grossbritannien seit Jahren an Bedeutung. Regionale Kommissionen oder besser noch: Transformationsräte, könnten ermitteln, wie solche Löhne/Einkommen vor Ort zu gestalten sind. In Grossbritannien liegt der – von Unternehmen freiwillig gezahlte – *living wage* 23 Prozent (in London 40 Prozent) über dem gesetzlichen Mindestlohn. Unternehmen können auch über Zertifizierungen (*living wage employer*) für solche Löhne gewonnen werden. Dass sich Löhne zum Leben mit qualitativen Forderungen nach guter Arbeit und Arbeitszeitverkürzung verbinden lassen, liegt auf der Hand, denn je besser die Einkommen sind, desto wichtiger werden bei den subjektiven Präferenzen auch Zeitwohlstand und gute Arbeitsbedingungen. Ökologisch nachhaltige Arbeitsbedingungen entlang von Wertschöpfungsketten sind in den Ländern des Südens leichter durchzusetzen, wenn Schmutz- und Unterbietungskonkurrenz aus dem Norden etwa durch wirksame Lieferketten-

gesetze unterbunden wird. Anzuvisieren sind deshalb, national wie international, Löhne und Einkommen für ein gutes Leben, die deutlich oberhalb der jeweiligen länderspezifischen Niedriglohngrenzen liegen.

Soziale und ökologische Nachhaltigkeit innerhalb kapitalistischer Ökonomien zu gewährleisten dürfte indes ein Ding der Unmöglichkeit sein. Der Übergang zu einer Produktionsweise mit langlebigen Gütern und personenintensiven Dienstleistungen erfordert einen Bruch mit dem expansiven kapitalistischen Besitzprinzip, die Institutionalisierung einer demokratischen Rahmenplanung und nicht zuletzt Innovationen im politischen System. Die Bildung von Transformations- und Nachhaltigkeitsräten könnte den Übergang zu einer dezentralen demokratischen Planung entscheidend vorantreiben. Deren Arbeit würde bereits unter kapitalistischen Bedingungen beginnen. Zu den wichtigsten Aufgaben von Transformationsräten gehörte dann, die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zu überwachen. Der erreichte Ist-Stand, etwa bei den Klimazielen, muss periodisch mit dem abgeglichen werden, was eigentlich zu erreichen wäre, um das 1,5-Grad-Ziel im Blick zu behalten. Eine Herstellung von Transparenz bei Einkommen und Arbeitsbedingungen, mit deren Hilfe Druck in Richtung fairer Löhne und guter Arbeitsbedingungen zu erzeugen ist, wird eine weitere Aufgabe sein. Die Räte könnten zur Hälfte aus allgemeinen, freien, gleichen Wahlen hervorgehen, zur anderen Hälfte hätten sie sich aus Expert\*innen zusammensetzen, die von zivilgesellschaftlichen Akteuren benannt werden. Ein Losverfahren, das Bürger\*innen nach dem Zufallsprinzip beteiligt, könnte ebenfalls ein Weg sein, um Teilhabe für jene zu ermöglichen, die am politischen Geschehen sonst nicht beteiligt sind.

Der Gründungsprozess einer neuen Rätebewegung lässt sich jederzeit einleiten – durch Initiative von unten und im besten Falle mit Unterstützung der regionalen Gliederungen von Gewerkschaften, Klimabewegungen, Umweltverbänden und anderen Akteuren der demokratischen Zivilgesellschaft. Nachhaltigkeitsräte treten nicht in Konkurrenz zur parlamentarischen Demokratie, erweitern und beleben diese aber. Die politischen Mehrheitsentscheidungen könnten auf allen Ebenen mit Rätebeschlüssen kontrastiert werden, die sich an sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitszielen ausrichten. Eine erste Aufgabe der Räte könnte sein, die Verteilung und Verwendung jener Gelder zu überwachen, die im Zuge der Corona-Krise für den wirtschaftlichen Wiederaufbau eingesetzt werden. Jeder Euro, jeder Franken der in die Wirtschaft fließt, kann mit der Anforderung an die Unternehmen verbunden werden, verbindliche Vorschläge zu unterbreiten, wie sie in Zukunft zur Realisierung ökologischer und sozialer Nachhaltigkeitsziele beitragen wollen. Dies wäre der Ansatzpunkt für einen partizipativen Sozialismus, der sich den Umbau der Produktionsweise auf die Fahnen schreibt.



## ANMERKUNGEN

- 1 Bei dem Text handelt es sich um eine Kurzfassung wichtiger Thesen meines neuen Buchs «Die Utopie des Sozialismus»;vgl. Dörre 2021.
- 2 Der ökologische Fußabdruck misst den Verbrauch natürlicher Ressourcen und drückt in globalen Hektaren (gha) die Fläche aus, die für die Produktion dieser Ressourcen notwendig wäre. Die Maßeinheit zeigt, welche ökologische Produktionsfläche erforderlich wäre, damit eine Region, ein Land oder die gesamte Menschheit die eigenen Bedürfnisse decken und die Abfälle neutralisieren kann. Beinahe dreimal die Erde wäre erforderlich, wenn alle wie die Schweizer Bevölkerung leben würden. Mit 1,6 gha pro Person ist der Konsum nicht nachhaltig; auch die Schweiz lebt auf Kosten künftiger Generationen und anderer Erdteile; vgl. Bundesamt für Statistik 2020.
- 3 Dieses Problem wird in Konzepten wie dem einer «imperialen Lebensweise» systematisch unterschätzt. Auch wenn sie anderes beanspruchen, verorten sie die Probleme doch überwiegend im Feld des privaten Konsums, und Veränderungsmöglichkeiten sehen sie in erster Linie beim individuellen Verhalten. Zur Kritik am Konzept der imperialen Lebensweise und möglichen Alternativen vgl. ausführlich Dörre 2021.

## LITERATUR

- Arruzza, C./Bhattacharya, T./Fraser, N. (2019): *Feminismus für die 99%*. Ein Manifest, Berlin.
- Bundesamt für Statistik (2020): *Der ökologische Fußabdruck der Schweiz*, [www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/nachhaltige-entwicklung/weitereindikatoren-achhaltige-entwicklung/oekologischer-fussabdruck.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/nachhaltige-entwicklung/weitereindikatoren-achhaltige-entwicklung/oekologischer-fussabdruck.html)
- Crutzen, P. J. (2019): *Das Anthropozän*, München.
- Dörre, K. (2019): Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution, in: ders./Rosa, H./Becker, K./ Bose, S./Seyd, B. (Hrsg.): *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*, Sonderband des Berliner Journals für Soziologie, Wiesbaden, S. 3–34.
- Dörre, K. (2020): Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft, in: *Berliner Journal für Soziologie* 30, S. 165–190. <https://doi.org/10.1007/s11609-020-00416-4>
- Dörre, K. (2021): *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*, Berlin.
- Dörre, K./Holzschuh, M./Köster, J./Sittel, J. (Hrsg.) (2020): *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*, Frankfurt a.M./New York.
- Dörre, K./Lessenich, St./Rosa, H. (2015): *Sociology – Capitalism – Critique*, London/New York.
- Engels, F. (1972): Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1892 der «Lage der arbeitenden Klasse in England», in: Marx, K./Engels, F.: *Werke*, Bd. 2, Berlin, S. 637–650.
- Gallagher, K. P./Kozul-Wright, R. (2019): *A New Multilateralism for Shared Prosperity. Geneva Principles for a Global Green New Deal*, S. 7, [https://unctad.org/system/files/official-document/gp\\_ggnd\\_2019\\_en.pdf](https://unctad.org/system/files/official-document/gp_ggnd_2019_en.pdf)
- Global Policy Forum (Hrsg.) (2020): *Agenda 2030: Wo steht die Welt? 5 Jahre SDGs – eine Zwischenbilanz*, Bonn.
- Ivanova, D./Wood, R. (2020): The unequal distribution of household carbonfootprints in Europe and its link to sustainability, in: *Global Sustainability*, H. 3, S. 1–12.
- Moore, Jason W. (2015): *Capitalism in the Web of Life*, London/New York.
- Oxfam (2020): *Confronting Carbon Inequality in the European Union. Why the European Green Deal must tackle inequality while cutting emissions*, authors: Tim Gore, Mira Alestig, [www.oxfam.org/en/research/confronting-carbon-inequality-european-union](http://www.oxfam.org/en/research/confronting-carbon-inequality-european-union)

- Patel, R./Moore, J. (2018): Entwertung. Eine Geschichte der Welt in sieben billigen Dingen, Berlin.
- Ringger, B. (2021): Nicht für Elon Musk. Fürs Volk. Klimapolitik nach dem Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz, Denknetz-Working-Paper.
- Ringger, B./Wermuth, C. (2020): Die Service-Public-Revolution, Zürich.
- Saito, K. (2016): Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus, Frankfurt a. M.
- Wright, E.O. (2012): Transformation des Kapitalismus, in: Dörre, K./Sauer, D./Wittke, V. (Hrsg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik, Frankfurt a. M./New York, S. 462–487.